

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/50

13. März 1975

Der Staat wehrt die Innere Sicherheit

Die Opposition hat keine bessere Alternative

Seite 1 / 43 Zeilen

Dank an einen Mann der ersten Stunde

Zum 65. Geburtstag von Dr. Karl Mommer

Von Annemarie Renger MdB
Präsidentin des Deutschen Bundestages

Seite 2 und 3 / 55 Zeilen

Viele Fragen über die Deutschen

Bilanz einer politischen Umkehr in den USA

Von Kurt Mattick MdB
Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des
Bundestages

Seite 4 und 5 / 100 Zeilen

Mehr Demokratie auch in der Verkehrspolitik

Erweiterung der parlamentarischen Rechte im Bereich
des Straßenverkehrsrechts

Von Hermann Dürr MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtsaussen der SPD-
Bundestagsfraktion

Seite 6 und 7 / 42 Zeilen

Frage an die CDU/CSU: Wo ist der Saustall?

Die Strauß-Rede entlarvt die Unions-Politiker

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Seite 8 / 38 Zeilen

Weltanschauung "in weiß"

Springer-"Welt" verbreitet rassistische Vorurteile

Von Alwin Bröck MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 9 / 24 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 128 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telek: 06 55 840 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 3768 11

Der Staat wahrt die Innere Sicherheit

Die Opposition hat keine bessere Alternative

Das ernste Bemühen um nüchterne Sachlichkeit, die die Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt zum heißen Thema der Inneren Sicherheit auszeichnet, hat in der CDU/CSU-Opposition keinen Widerhall gefunden. Die im hektischen Stakkato herausgestoßene Antwortrede des hessischen CDU-Landesvorsitzenden Dr. Alfred Dregger hat, wie zu erwarten war, nur darauf abgezielt, auch in dieser Stunde der Bewährung der Solidarität der Demokraten nichts anderes als Polarisierung und Gegeneinander zu predigen.

Der klärenden Darstellung der umfassenden Maßnahmen, die, so Schmidt, Bundesinnenminister Prof. Dr. Werner Maihofer und Bundesjustizminister Dr. Hans-Jochen Vogel, die sozialliberale Bundesregierung zur Aufspürung und Bekämpfung der terroristischen und kriminellen Aktivitäten zusammen mit dem notwendigen Instrumentarium bereitgestellt hat, konnte der Innere-Sicherheitsredner der Opposition keine Überzeugende, weil etwa brauchbarere Alternative entgegenstellen. So blieb es beim Anklagen und beim Kritisieren, ohne daß deutlich wurde, daß eine CDU/CSU-Regierung anders als die Schmidt-Genscher-Regierung in der Lage sein würde, einer möglichen neuen und dann vielleicht auch stärkeren Bedrohung der Gemeinschaft und des Staates besser Herr werden zu können.

So bleibt dem Chronisten verdringlich die Aufgabe, festzuhalten, daß die Ausführungen des Bundeskanzlers über die Entschlossenheit seiner Regierung und der sie stützenden Koalition, der Inneren Sicherheit weiter mit allen denkbaren Mitteln zu dienen, der von drei Vierteln der Bundesbevölkerung geäußerten Überzeugung entspricht, daß sie sich nicht aktuell bedroht fühlen. Die Menschen in unserem Staate honorieren also die Sicherheitsvorkehrungen des von der sozialliberalen Bundesregierung repräsentierten demokratischen Rechtsstaates. Dieses große Vertrauen erfordert aber zwingend die ständigen Anstrengungen des Staates und seiner Organe, diese Innere Sicherheit sozusagen rund um die Uhr zu stärken und gegen alle Angriffe aus politischen oder kriminellen Gangsterbanden zu bewahren.

Die Aussagen des Bundeskanzlers und seiner zuständigen Ressortminister vermitteln und geben die Gewißheit, daß in potenter Zusammenarbeit mit den Ländern der demokratische Rechtsstaat seine Bürger entschlossen und hart zu schützen wissen wird, wenn das notwendig werden sollte. Dabei können die Bürger sicher sein, daß unter einer sozialliberalen Bundesregierung diese freiheitliche Demokratie durch nichts zur Rückkehr zu Methoden gebracht werden könnte, was auch nur entfernt in die Nähe gestapoähnlicher Praktiken zu bringen wäre. Die Freiheit hat ihre eigenen Gesetze.

(ee/13.3.1975/ks/ee)

+ + +

Denk an einen Mann der ersten Stunde

Zum 65. Geburtstag von Dr. Karl Mommer

Von Annemarie Ranger

Präsidentin des Deutschen Bundestages

Nach Jahren aufreibender Tagesarbeit in der aktiven Politik und im Parlament begeht Dr. Karl Mommer, früherer Vizepräsident des Bundestages und langjähriger parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagesfraktion, am 13. März seinen 65. Geburtstag. Der Jubilar teilte das harte Los der Gegner des Naziregimes ebenso wie das Schicksal jener Männer der ersten Stunde, die sich in aufopferungsvoller Arbeit für ein demokratisches und parlamentarisches Nachkriegs-Deutschland eingesetzt haben.

Als sechstes Kind eines Metallarbeiters im rheinischen Wavelinghoven geboren, studierte er nach dem Besuch der höheren Schule an den Universitäten Köln, Berlin, Graz und Wien Philosophie, Geschichte und Volkswirtschaft. Nach 21monatiger Haft wegen illegaler Tätigkeit für die Kommunistische Partei gelang ihm Ende 1935 die Flucht nach Belgien. In Brüssel konnte er seine Studien fortsetzen und zum Doktor der Sozialwissenschaften promovieren. 1937 schloß er sich der Exil-SPD in der belgischen Hauptstadt an. In den folgenden Jahren bis zum Ende des zweiten Weltkrieges erlitt Karl Mommer mit vielen das schwere Schicksal des Emigranten. Bei Ausbruch des Krieges in Südfrankreich interniert und 1941 von der Vichy-Regierung wieder auf freien Fuß gesetzt, gelang es ihm, unterzutauchen und auch während der deutschen Besetzung Südfrankreichs unerkannt als selbständiger Bauer zu leben.

1946 kehrte Mommer nach Deutschland zurück und wurde Mitglied des Landesvorstandes der Sozialdemokratischen Partei in Württemberg-Baden. Zwei Jahre später saß er als Vertreter der Sozialdemokraten im Frankfurter Wirtschaftsrat. Als Mann der ersten Stunde dieser Bundesrepublik war Karl Mommer von 1949 an 20 Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis Ludwigsburg. Sehr bald machte er sich einen Namen durch seine stets fundierten, häufig sehr temperamentvoll vorgetragenen

Beiträge in den Debatten des Bundestages. Einem breiten Publikum bekannt und von den damaligen Regierungsparteien besonders respektiert wurde er als Saar-Experte der SPD; seine intime Kenntnis Frankreichs kam ihm hier besonders zustatten.

In den neun Jahren seiner Tätigkeit als Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion und als Vizepräsident des Bundestages hatte Mommer maßgeblichen Anteil an der Ausgestaltung des parlamentarischen Verfahrens. Intensiv beteiligte er sich auch an den Arbeiten für die Parlamentsreform im Frühjahr 1969.

Außenpolitisch galt Karl Mommer ganzes Streben einem geeinten Europa. Acht Jahre, von 1950 bis 1958, war er Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der Westeuropäischen Union. In vielen Zeitungs- und Zeitschriftenaufsätzen hat er zur wirtschaftlichen und politischen Integration Stellung genommen.

Bei aller Begeisterungsfähigkeit für den europäischen Gedanken wie für seine Ideale verließ ihn jedoch nie der realistische Sinn für das Durchsetzbare, die klare Konzeption für das, was möglich und erreichbar war. Deshalb wollte niemand nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag im Jahre 1969 auf seinen politischen Rat verzichten. Als Vorsitzender einer Kommission beim Bundesministerium der Verteidigung vermittelte Karl Mommer wesentliche Impulse bei der Ausgestaltung der Wehrstruktur mit dem Ziel größerer Gerechtigkeit. Als Mitglied des Beirats für Entschädigungsfragen stellt er auch weiterhin seine große parlamentarische Erfahrung in den Dienst des Bundestages.

Sein Wirken als Politiker, insbesondere auf der parlamentarischen Bühne, ist stets von allen Parteien als vorbildlich anerkannt worden. In diesem Sinne gehört Karl Mommer sicherlich zu jenen, die unser demokratisches und parlamentarisches Leben entscheidend mitgeprägt haben.

(-/13.3.1975/sch/ee)

+ + +

Viele Fragen über die Deutschen

Bilanz einer politischen Umachau in den USA

Von Kurt Mattick MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Wenn man einige Monate nicht in den USA war, spürt man doch sehr schnell die atmosphärische Veränderung, um nicht zu sagen Verbesserung, die seit dem Abgang von Nixon eingetreten ist. Schließlich war allein die Person Nixon so mit der gesamten Watergate-Affäre verflochten, daß seine Präsidentschaft zu einem Alpdruck wurde, der die politischen Kräfte belastete und hemmte. Das hat sich geändert. Obwohl die wirtschaftliche Lage weit schwieriger ist als in der Bundesrepublik und auch noch keine Aussicht besteht, sie wesentlich zu verbessern, so scheinen sich die gesellschaftlichen Verhältnisse doch in etwa stabilisiert zu haben.

Die Rauschgiftwelle, die noch vor einem Jahr durch New York brandete, ist abgeebbt. Die Jugend scheint sich etwas gefangen zu haben, und so spürt man wie schon in früheren Zeiten, daß sich in diesem Volk der gesunde Kern immer wieder durchsetzen kann. In der Administration sowie im Parlament trägt man die ökonomische und damit soziale Last etwas gelassener als vor einem Jahr, und es scheint doch eine gemeinsame Vorstellung zu sein, daß die Vereinigten Staaten mit diesen Problemen fertig werden. Die Perspektive zur Überwindung der Wirtschaftskrise kalkuliert ungefähr zwei Jahre ein. Meiner Einschätzung nach wird es schwieriger werden, für die vorhandene große Zahl der Arbeitslosen einen erträglichen sozialen Zustand während dieser zwei Jahre zu finden. Insofern gibt es auch noch keine Sicherheit für die Bevölkerung, weil es keine klare Prognose gibt, ob dies Masse der nicht ausreichend versorgten Arbeitslosen nicht erneut in eine Bewegung des gesellschaftlichen Widerstandes gerät.

Die offiziellen Gespräche, die ich zusammen mit MdB Dr. Peter Corterier anlässlich eines Kurzbesuches in Washington und New York führte, bezogen sich auf die bilateralen europäischen und europäisch-amerikanischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung der gefährlichen Brennpunkte Nahost und Zypern. Darüber hinaus spielten die Beziehungen zwischen dem westlichen Block und dem sowjetischen Block logischerweise eine große Rolle. Bei der Überprüfung der weiteren Entwicklung der Entspannungspolitik ergab sich Übereinstimmung in der Einschätzung, daß die Sowjetunion trotz vorhandener Schwierigkeiten an der Fortsetzung dieser Zusammenarbeit festhält. Dieses zeigt sich besonders bei den SALT-Verhandlungen, wo die Amerikaner große Hoffnungen auf einen Erfolg setzen, um die gefährliche Entwicklung der nuklearen Waffen allmählich stoppen zu können. Anders ist hingegen das Urteil der Amerikaner über die Entwicklung der MBFR-Verhandlungen. Hier scheint sich der Eindruck zu bestätigen, daß die Sowjetunion vor einer Verdünnung ihrer Truppen in Osteuropa große Sorgen hat, was sich wahrscheinlich mehr auf den innenpolitischen Raum des Ostblocks als die Ost-West-Spannung bezieht. Die Amerikaner hoffen auf einen brauchbaren Abschluß der KSZE-Verhandlungen, wobei sie sich der Interessenlage der Europäer praktisch unterstellen. Es wurde wörtlich gesagt: Wir sind in dieser Beziehung bereit, das zu unterschreiben, was die Europäer akzeptieren können.

Eine besondere Sorge bleibt die Energiepolitik. Amerikanische Gesprächspartner äußerten Befriedigung über den bisherigen Verlauf der Gespräche zwi-

schen den Europäern und den Vereinigten Staaten. Sie wurden aufgrund dieser Entwicklung, daß man zu einer vollständigen Übereinkunft unter den Verbraucherländern kommen könnte, bevor man in die Vorbereitungskonferenz mit den Erzeugerländern eintritt. Die amerikanische Seite geht von der Vorstellung aus, daß es eine Möglichkeit gibt, bei guter Zusammenarbeit innerhalb der nächsten zehn Jahre die gemeinsame Abhängigkeit von den Erzeugerländern zu überwinden. Man rechnet damit, daß die Erzeugerländer in dieser Entwicklung bereits innerhalb der nächsten fünf Jahre aufgrund ihrer verschiedenen Interessenlagen ihre Politik ändern werden.

Etwas hilflos stellte sich bei den Gesprächen die amerikanische Position in der Zypern-Frage dar. Man ist sich in Amerika wohl im klaren darüber, daß Fehler gemacht worden sind, über die man jetzt schwer hinwegkommen kann. Es ergab sich aber Übereinstimmung in der Ansicht, daß es vor allen Dingen gelingen muß, in Bälde die noch in den zyprischen Wäldern hausenden Flüchtlinge wieder in die Zivilisation zurückzuführen. Es handelt sich dabei immer noch um weit über 20.000 Menschen, die in Zelten, Hütten und sonstigen Notunterkünften entzivilisiert werden und für die Insel zu einer ähnlichen Gefahr werden können wie die palästinensischen Flüchtlingslager es im Weltmaßstabe geworden sind. Es sollte eine gemeinsame Anstrengung der Vereinigten Staaten und Europas unternommen werden, den beiden NATO-Partnern Griechenland und Türkei mit allen Kräften behilflich zu sein, um zu einer Verständigung zu kommen, damit der Weg auf Zypern frei wird für eine Neuordnung einer unabhängigen Insel, in der alle Bürger in Freiheit und Gemeinschaft leben können.

Obwohl die Gesprächspartner alle davon ausgingen, daß der Kongreß den Beschluß gegen die normale Militärhilfe Amerikas an die Türkei durch neue Beratungen verändern wird, spielte die Frage der deutschen Militärhilfe im Rahmen der NATO-Partnerschaft an die Türkei und Griechenland eine wesentliche Rolle. Die Bundesrepublik steht hier vor einer schwierigen Entscheidung, weil sie prinzipiell nicht gewillt ist, Militärhilfe in Spannungsgebiete zu leisten. Hier handelt es sich allerdings um NATO-Partner, deren Verteidigungsbereitschaft im Rahmen der Allianz aufrechterhalten werden muß. Die wichtigste Frage für eine reibungslose Entwicklung ist eine Verständigung zwischen der Türkei und Griechenland.

Bei den amerikanischen Gesprächspartnern handelte es sich häufig um "neue Männer". Dabei zeigte sich in bezug auf das amerikanisch-deutsche und amerikanisch-europäische Verhältnis eine geradlinige Fortsetzung der bisherigen Politik. Zu diesen Gesprächspartnern gehören der stellvertretende Außenminister Ingersoll und der neue Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Senator Sparkman, der Nachfolger des nicht wiedergewählten Politikers J. William Fulbright. Bei allen Gesprächen war zu spüren, daß die Vereinigten Staaten die Entwicklung der Bundesrepublik mit großer Aufmerksamkeit verfolgen, und eine immer wiederkehrende Frage war, wie man die Diskrepanz zwischen der soliden Leistung und der erstaunlichen Stabilität der Bundesrepublik, ihrer hervorragenden wirtschaftlichen und sozialen Position einerseits und den Schwierigkeiten andererseits erklären könne, die für die Bundesregierung innenpolitisch entstanden sind. Obwohl mancher oppositionelle Politiker in letzter Zeit bei Besuchen in Amerika die Bekämpfung der Bundesregierung auch im Ausland fortgesetzt hat, ist eine negative Beeinflussung bisher nicht spürbar gewesen. Die Koalitionspolitiker sollten sich bemühen, auch ihrerseits die verantwortlichen Kräfte in den Vereinigten Staaten über die Realitäten auf dem Laufenden zu halten.

Eine Gruppe junger Abgeordneter, die das erste Mal im Kongreß vertreten sind, weiß wenig über die Bundesrepublik und Europa. Die Bundestagspräsidentin wird in Kürze eine solche Gruppe in die Bundesrepublik einladen. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die politisch verantwortlichen Kräfte in Amerika soviel wie möglich über uns wissen und wir über sie. (-/13.3.1975/ka/ee)

Mehr Demokratie auch in der Verkehrspolitik

Erweiterung der parlamentarischen
Rechte im Bereich des Straßenverkehrsrechts

Von Hermann Dürz MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

Der Rechtsausschuß des Bundestages hat einen Gesetzentwurf der CDU/CSU zur Stärkung der parlamentarischen Rechte in der Verkehrspolitik einmütig verabschiedet. Mit ihrer Gesetzesinitiative hatte die CDU dabei eine von mir bereits früher geäußerte Auffassung aufgegriffen, daß "die Volkvertretung sich das Recht zu verkehrspolitischen Grundsatzentscheidungen zurückholen sollte".

Gerade im Bereich des Straßenverkehrsrechts fallen bisher zahlreiche für unsere Mitbürger existentielle Entscheidungen ohne Mitwirkung des Parlaments. Grundsatzentscheidungen auch von erheblicher politischer Tragweite wie die Einführung einer neuen Straßenverkehrsordnung, das Tempolimit von 100 km pro Stunde auf unseren Straßen und die umstrittene Einführung von Richtgeschwindigkeiten auf Bundesautobahnen ebenso wie die Erhöhung von Verwarnungsgeldsätzen wurden zwar in der Öffentlichkeit lebhaft diskutiert, der Bundestag als Gesetzgeber aber hatte sich keine Möglichkeit vorbehalten, auf die Ausformung solcher Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften Einfluß zu nehmen.

Die nun vom Rechtsausschuß ohne Gegenstimmen verabschiedete Novellierung des Straßenverkehrsgesetzes soll hier Abhilfe schaffen. Nach dem Entwurf sollen die Ermächtigungsvorschriften des Straßenverkehrsgesetzes so ergänzt werden, daß Rechtsverordnungen in diesem Bereich nach der erforderlichen Mitwirkung des Bundesrates dem Bundestag zuzuleiten sind. Sie können dann nur in Kraft treten, wenn der Bundestag nicht innerhalb

von vier Sitzungswochen Einspruch erhebt oder wenn er auf einen solchen Einspruch verzichtet. Auf Antrag von wenigstens zwölf Mitgliedern des Bundestages, wie zur Bildung einer Fraktion erforderlich sind, muß der Bundestag sich mit den Rechtsvorschriften befassen. Nach dem Entwurf wird somit nicht jede Rechtsverordnung der Zustimmung des Bundestages unterworfen, sondern es bedarf einer qualifizierten Minderheit, um einen Befassungsantrag durchzusetzen. Die jeweilige Mehrheit im Bundestag behält dabei die letzte Entscheidung.

Mit ihrer Zustimmung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf zeigen die Sozialdemokraten, daß sie auch in der Regierungsverantwortung bereit sind, die Rechte des Parlaments gegenüber der Exekutive zu stärken und auszubauen. Dabei stützen sie sich auf ihre im Godesberger Programm bekräftigte Auffassung von der staatlichen Ordnung nach dem Grundgesetz: "Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Demokratie, in der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht und die Regierung jederzeit dem Parlament verantwortlich und sich bewußt ist, daß sie ständig seines Vertrauens bedarf."

In Kontinuität zur ersten Regierungserklärung der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt wollen die Sozialdemokraten auch hier und weiter "mehr Demokratie wagen". (-/13.3.1975/bgy/ee)

+ + +

Frage an die CDU/CSU: Wo ist der Saustall?

Die Strauß-Rede entlarvt die Unions-Politiker

Von Dietrich Sperling MdB

Zwischen dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß und dem von ihm kritisierten ehem. CDU-Vorsitzenden Dr. Rainer Barzel hat in Gegenwart des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Karl Carstens ein Treffen stattgefunden. Dies war nötig, denn Strauß hatte gegenüber Barzel etwas klarzustellen. Die Sonthofener Rede, mit der Strauß seine Doktrin verkündete, daß er nur über wirtschaftliches Chaos und politische Anarchie an die Macht kommen könne, enthielt auch Despektierliches über Barzel, der da Gemeinsamkeiten mit anderen Demokraten gesucht haben sollte. Das wollte Barzel nicht auf sich sitzen lassen: mit Bundeskanzler Helmut Schmidt über die "vierte Partei" geredet zu haben. Und so stellte Strauß denn richtig: Er habe so etwas nicht über Barzel gesagt, nicht einmal ironisch.

Nachdem dies richtig gestellt ist, dürfen wir nun davon ausgehen, daß jetzt alles dementiert wurde, was Strauß und Barzel und Carstens für dementierungsnötig angesehen haben. Alles andere, was aus der Strauß-Rede über seine Auffassung bekannt wurde, stimmt also, denn sonst hätte ja das Barzel-Dementi um andere korrektur-bedürftige Aussagen ergänzt werden können.

Wir wissen jetzt, was Strauß wirklich dankt. Wir wissen auch, daß von Strauß "belastete" CDU-Spezies sie betreffende üble Nachrede nicht auf sich sitzen lassen wollen. Wir wissen abendrain, daß "falsch Zeugnis wider den Nächsten" die CDU/CSU-Spitzen nicht stört, es sei denn sie legten es unter- und gegeneinander ab.

Was die CDU/CSU auch immer unter "Politik aus christlicher Verantwortung" verstehen mag, die Einhaltung der zehn Gebote gehört nicht dazu. Weder halten sie sie ein, wie Strauß gezeigt hat, noch halten sie sich zur Einhaltung der Gebote an, selbst dann nicht, wenn Appelle an die Solidarität aller Demokraten von denselben Herren kaum Stunden alt geworden sind. Kann die Öffentlichkeit künftig solche CDU-Appelle als "Kohl" abschreiben?

Eine CDU, die sich mit Straußens Sonthofener Doktrin nur befaßt, um Barzel von den Anwürfen seines Christ-Kollegen Strauß zu reinigen, verspielt ihre Glaubwürdigkeit. Daß Deutschland keputt gehen solle, damit Strauß an die Macht komme, das ist unwidersprochen gebliebene politische Linie der CSU-Landesgruppe der CDU/CSU-Fraktion. Und Prof. Carstens und Hessens Dregger haben nicht einmal ein Wort gefunden, um den wackeren Walther Leisler Kiep gegen die bössartige Strauß-Kritik zu verteidigen. Wo ist eigentlich der Saustall in diesem Land? (~/13.3.1975/bgy/ee)

+ + +

Weltanschauung "in Weiß"

Springer-"Welt" verbreitet rassistische Vorurteile

Von Alwin Brück MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Hans Germani, Afrika-Korrespondent der "Welt", hat sich wieder einmal bemüht gefühlt, uns beizubringen, wie großartig wir Weißen sind. "Denken Neger doch anders?" heißt sein Produkt, das das Springer-Blatt am 12. März dieses Jahres abdruckte. Auf einen kurzen Nenner gebracht, lautet Germanis eigenartige Weltanschauung: Die Intelligenz der Weißen und der Schwarzen ist verschieden; und als Schlußfolgerung bietet er den Gedanken an, daß es Gott sei dank den weißen Mann gibt...

Der weiße Mann Germani, der 15 Jahre in Afrika gelebt hat, scheint noch immer nicht bemerkt zu haben, daß Intelligenz und das daraus resultierende Verhalten eines Menschen letztlich eine Frage von Erziehung und Ausbildung sind. Wer seinen farbigen Gärtner wie einen Leibeigenen oder Knecht behandelt, darf sich nicht wundern, wenn diesem als einzige Gegenwehr das verbleibt, was mit "Sturheit" umschrieben wird. Menschen, die durch Geburt, Erziehung und gesellschaftliche Umweltverhältnisse dazu verurteilt sind, ihr Leben als Unterprivilegierte fristen zu müssen, können nicht die "Intelligenz" von Menschen produzieren, die in einer heißen und reichen Welt aufgewachsen sind und auf guten Schulen und Universitäten erzogen wurden.

Im Übrigen: Was würde der weiße Mann Germani wohl sagen, wenn ihm ein farbiger Journalist vorwerfen sollte, daß er im Vergleich zu den Afrikanern nicht intelligent ist, weil er trotz langem Afrika-Aufenthalt nichts von diesem Kontinent und seinen Menschen versteht und weil er einseitige, dämliche und rassistische Vorurteile verbreitet. Ob die "Welt" wohl einen solchen Artikel abdruckt? (-/13.3.1975/bgy/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller